

MOTION von Hans Fahrni (EVP, Winterthur) und Lisette Müller-Jaag (EVP, Knonau)
betreffend Sicherstellung des biblischen Unterrichtes an der Volksschule

Der Regierungsrat wird aufgefordert sicherzustellen, dass das Angebot des biblischen Unterrichtes an der Primarschule in allen Schulgemeinden erhalten bleibt.

Hans Fahrni
Lisette Müller-Jaag

Begründung:

Im Sanierungsprogramm 04 will der Regierungsrat den Religionsunterricht in der Primarschule nicht mehr mitfinanzieren. Das Angebot dieses Unterrichtsfachs ist für die Gemeinden fakultativ, der Staatsbeitrag entfällt.

Mit den genannten Sanierungsmassnahmen wird die Regierung die religiöse Dimension aus dem Bildungsauftrag des Staates herauslösen. Bis jetzt gehört eine Wochenstunde Biblische Geschichte in den sechs Jahren der Primarschule zum Zürcher Lehrplan. Rein finanziell gehört das Nein zum Religionsunterricht zu den kleineren Sparmassnahmen. Sachlich markiert dies aber ein Desinteresse des Staates am wichtigen Bereich der religiösen Bildung, gerade zu einer Zeit, wo „Sinn-Fragen“ die Menschen vermehrt beschäftigen.

Schon jetzt wird in weiten Kreisen ein Unkenntnis der Bibel und der Hauptanliegen des christlichen Glaubens sowie der christlichen Ethik beklagt. Je weniger die Zürcher Kinder Kenntnis von der hiesigen Religion haben, welche unsere Kultur und das Gemeinwesen von Grund auf geprägt hat, desto schwächer bildet sich ihre religiöse Identität aus. Damit fehlt auch eine Voraussetzung für den Dialog mit religiös anders geprägten Menschen.

Es gehört zu einem ganzheitlichen Bildungsauftrag, dass unsere Jugend mit den christlichen Wurzeln unserer abendländischen Kultur vertraut wird. Deshalb soll an der Angebotspflicht für Biblische Geschichte festgehalten werden.

Wieder aufgenommener Vorstoss.

Ursprüngliche Einreicher: Nancy Bolleter-Malcom (EVP, Seuzach), Hans Fahrni (EVP, Winterthur) und Lisette Müller-Jaag (EVP, Knonau)